



## **Verhandeln? Aggressor und Selbstverteidiger politisch nicht gleichsetzen**

**Dr. Klaus Olshausen**

**Oktober 2023**

### **Zusammenfassung**

---

Wieder ein Gastbeitrag, der mit der Berufung auf Realitätsnähe den Aggressor Putin mit seinem „Kompromissvorschlag“ belohnt. Zum ersten Jahrestag der illegalen Annexionen von 4 Oblasten durch Putin werden sie mit dem Kompromissvorschlag sozusagen „legalisiert“, und die Krim bleibt natürlich auch im Besitz des Aggressors. Immer wieder wird erläutert oder schimmert durch, dass Russland an der Ukraine ein Sicherheitsinteresse hat, Gebiete durch Krieg zu annektieren und Einfluss durch Neutralität zu sichern. Eine derartige „Unterjochung“ der unabhängigen Ukraine müsse der „Westen“ (die USA) der Ukraine abverlangen, da die russische Aggression ja vor dem Hintergrund der westlichen Einwirkung in diesen Regionen für Putin „erforderlich“ geworden sei. Mit solchen Vorschlägen wird Russlands Appetit nach mehr angeregt. Stattdessen muss Russland in seinen eigenen Grenzen leben lernen. Erst wenn Russland begreift, dass Gewalt, Erpressung und Destabilisierung seine Nachbarländer verschrecken und kein friedliches Zusammenleben gewährleisten können, werden gleichberechtigte politische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen möglich, die auch bei den Nachbarn neue positive Beziehungen mit dem russischen Nachbarn gestaltbar machen.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

„Legitime Selbstverteidigung und das Streben nach einem gerechten und dauerhaften Frieden sind kein Widerspruch“. Dieser einleitende Satz für einen langen Gastbeitrag in der *BZ* Anfang September von zwei Professoren, einem General a.D. und einem ehemaligen Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz<sup>1</sup> kaschiert in den Einzelbetrachtungen und kommt in den Schlussformeln zu dem Ergebnis, dass die ukrainische Selbstverteidigung eingeschränkt wird und Russland der fortdauernde Besitz großer ukrainischer Gebiete, insbesondere der Krim, zugestanden wird. Außerdem wird der Ukraine das Recht abgesprochen, sich der EU und der NATO anzuschließen.

Das bedeutet, Russland wird eingeräumt, auf seinem imperialen Kurs zu bleiben. Denn eine neutrale Ukraine würde Russland auch künftig in seiner Eigenständigkeit bedrängen und weitgehend abhängig machen – bevor die weitere russische Besetzung erneut ansteht.

Die Blickrichtung des Papiers wird deutlich, wenn die Verfasser die ultimativen Vertragstexte Russlands an die USA und die NATO vom 17. Dezember zu einem Ausgangspunkt für „gerechten Frieden“ machen. Die Charta von Paris wird genannt, aber die Unverletzlichkeit der Grenzen wird nicht ins Zentrum gerückt. Gewalttame Eroberungen und Annexionen vieler ukrainischer Oblaste durch einen brutalen Angriffskrieg und der Krim werden als gegeben hingenommen.

Es ist nicht nur naiv, sondern faktisch eine Verbreitung von Putins fake news, die angeführten Zitate über seine Verhandlungsbereitschaft als Hinweis oder gar Beweis für seine Kompromissbereitschaft zu präsentieren. Die Verfasser wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass Putin natürlich die direkte oder indirekte Herrschaft über die ganze Ukraine erreichen will. Sein Außenminister hat das im UN-Sicherheitsrat Ende September gerade wieder frank und frei zu Protokoll gegeben.

Am Ende der zusammengestellten Einzelheiten, die den Eindruck von Ausgewogenheit und Fairness in einem langwierigen Verhandlungsprozess hervorrufen sollen, steht als Fazit:

- die Ukraine wird um erhebliche Gebiete ihres Landes, insbesondere ihrem Zugang zum Schwarzen Meer und den Rohstoffgebieten im Osten amputiert,
- die Ukraine hat keine freie Wahl für Bündnisse und EU-Mitgliedschaft und
- die neutralisierte Ukraine bleibt politischem, ökonomischen und hybridem Drängen des Aggressors ausgesetzt.

Das entspricht nun wirklich nicht dem, was die Charta von Paris 1990 gemeinsam gebilligt hat.

Letztlich führt der Vorschlag der Autoren zu einem „MINSK III“, das Russland alle Möglichkeiten der Destabilisierung dieses großen Landes lässt.

Der im Papier aufgezeigte Verhandlungsprozess und das signalisierte Ergebnis sind weder fair noch nachhaltig. Russlands imperiale Politik wird territorial vielmehr belohnt. Und Russland wird nicht abverlangt, für den Wiederaufbau der von ihm angerichteten massiven Zerstörungen in der gesamten Ukraine aufzukommen.

---

<sup>1</sup> Professor Dr. Peter Brandt; Professor Dr. Hajo Funke; General a.D. Harald Kujat, Professor Dr. h.c. Horst Teltschik, „Den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden“, in: Berliner Zeitung, 09.09.2023, [Ukraine-Krieg: Ein Frieden durch Verhandlungen ist möglich \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de/ukraine-krieg-ein-frieden-durch-verhandlungen-ist-moeglich-berliner-zeitung.de)



Es fragt sich, warum es einer ganzen Reihe deutscher Persönlichkeiten so schwerfällt, nach den Ereignissen des 24. Februar 2022 klar zu formulieren, dass alle Staaten Europas (und der Welt) in ihren anerkannten Grenzen leben können müssen. Das überragende Ziel jeder Überlegung für ein Ende des Krieges ist die Forderung an Russland, sich aus dem Staatsgebiet der Ukraine zurückzuziehen. Das ist umso mehr berechtigt, als Putin 2003 als Präsident der Russischen Föderation sogar persönlich die Grenzen der seit 1991 unabhängigen Ukraine in einem Grenzvertrag bestätigt hat.

In seiner brutalen Aggression muss Putin und Russland unmissverständlich klar gemacht werden, dass jede imperiale und koloniale Zielsetzung unterbunden wird. Die Russische Föderation kann als europäischer Staat in seinen anerkannten Grenzen selbstverständlich ihre Politik als gleichberechtigtes Mitglied der Staatengemeinschaft wieder aufnehmen, wenn sie diese Abkehr vom imperialen Anspruch vollzieht.

Jeder territoriale oder völkerrechtliche Anspruch, einem dritten Land seine politische Entscheidungsfreiheit einzuengen, kann jedenfalls nicht dazu gehören.

Dass die Autoren die Ultimaten Russlands vom 17.12.2021 an NATO und USA als eine Grundlage für künftige Gespräche einführen und behaupten, dass es Putin nicht um die Unterjochung der gesamten Ukraine gehe, zeigt, dass sie Artikel und Reden von Putin nicht ernst nehmen wollen. Denn das würde ja verdeutlichen, dass ihre Vorschläge, die sie nachhaltig und gerecht nennen, einen Frieden bedeuten, der Putin eine imperiale Pause ermöglicht, aber die Ukraine in einer Position ohne wirksamen Rückhalt für ihre Unabhängigkeit zurücklässt.

Insgesamt verströmt das ganze Papier eine politische Position und eine Geisteshaltung, die den Aggressor und das ums Überleben ringende Land gedanklich und verhandlungstechnisch gleichsetzen. Es ist an einigen Stellen sogar noch schlimmer, wenn sie dem Verteidiger Eskalation vorwerfen, dass er sich vor den täglich zerstörenden Raketen und Drohnen schützen will, statt den ständigen – insbesondere nächtlichen – Raketen- und Drohnenhagel des Aggressors zu brandmarken.

Am Schluss schreiben sie von einer „Friedensordnung, die Sicherheit und Freiheit der Ukraine gewährleisten“. Aber sie erwarten, dass ein Land, das diese Aggression erleiden musste und (im Rahmen der im Gastbeitrag vorgetragenen Punkte) größere Gebiete seines Landes verloren hat, sich als neutraler Staat an der Grenze des lauernden Aggressors „sicher fühlen muss“. Sicherheit und Frieden hängen davon ab, dass Russland sich auf seine anerkannten Grenzen begrenzt und jedem Nachbar die Freiheit seiner politischen Entscheidungen zugesteht. Erst wenn Russland begreift, dass Gewalt, Erpressung und Destabilisierung seine Nachbarländer verschrecken und kein friedliches Zusammenleben gewährleisten können, werden gleichberechtigte politische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen möglich, die auch bei den Nachbarn neue positive Beziehungen mit dem russischen Nachbarn gestaltbar machen.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors.



### Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



*Dr. Klaus Olshausen*